

ständigen. Die Unternehmen sollten deshalb „unabhängig vom Ergebnis unserer Untersuchungen“ alles tun, ihre Schlagkraft zu verbessern.

Unsicherheit zeigen die Propheten bei der Bewertung der Instrumente im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Grundsätzlich gibt es nach Auffassung der Gutachter zwei Strategien: entweder eine Verbesserung der Angebotsbedingungen, was beim Aufschwung dann zu neuen rentablen Arbeitsplätzen führt; oder eine wuchtige Senkung der Löhne, so lange, bis hinreichend viele Billigarbeitsplätze angeboten werden.

Solche Arbeitsplätze sind in der Industrie nicht zu schaffen. Über die Nach-

frage nach billigen Dienstleistungen könnten jedoch Jobs mit geringer Qualifikation und Produktivität entstehen.

Doch wer geht in einer Wohlstandsgesellschaft für ein paar Mark die Stunde Gärten umgraben oder putzen? Wohl nur der, den die nackte Not dazu treibt.

In der Bundesrepublik verhindert bisher die Sozialhilfe solche Not: Sie ist, nach einer weitverbreiteten These, viel zu hoch, der Abstand zu den Niedriglöhnen viel zu gering. Deshalb fehle jeglicher Anreiz, schlechtbezahlte Arbeiten anzunehmen. Diese These vertritt auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft, dessen Chef Horst Siebert dem Sachverständigenrat angehört. Doch in dem Gutachten

heißt es nur, der Abstand zwischen Sozialhilfe und Niedriglöhnen solle „nicht noch enger werden“.

CDU-Arbeitsminister Blüm sieht die Chancen der Arbeitslosen mit geringer Qualifikation künftig in Haus und Hof der Wohlhabenden. So empfiehlt er die steuerliche Absetzbarkeit privater Haushaltshilfen, die man sich wieder leisten soll. Gutachter Pohl hält davon nicht viel. „Wollen wir wirklich zurück zur Dienstmädchenwirtschaft?“ fragt er.

Eines immerhin eint die Parteien und die Experten beim Thema Arbeitslosigkeit: Alle wissen nicht weiter. Die Große Koalition gibt es schon – eine Koalition der Ratlosen. □

### SPIEGEL-Gespräch

# „Mir geht es nicht um Beifall“

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder über Parteitagebschlüsse und Regierungspolitik



Sozialdemokrat Schröder (M.): „Es gibt immer Zwänge und Widersprüche“

**SPIEGEL:** Herr Schröder, Sie haben den SPD-Parteitag geschockt: Um Arbeitsplätze in einem niedersächsischen Betrieb der Luftfahrtindustrie zu sichern, wollen Sie sogar über den Bau des von der SPD bisher bekämpften Kampfflugzeugs Eurofighter mit sich reden lassen. Ihre Partei hat sich in Wiesbaden prompt gegen den Bau des

Jäger-90-Nachfolgers entschieden. Beugen Sie sich dem Votum des Parteitages?

**Schröder:** Es ist richtig, daß ich Arbeitsplätze beim Dasa-Werk in Lemwerder sichern will. Ich trage dort Verantwortung für 1300 Menschen, denen unmittelbar der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Diese Drohung ist nicht auf Lemwerder beschränkt. Das kann ein Flächenbrand werden. In Lemwerder werden militärische und zivile Flugzeuge ge-

wartet. Damit haben die SPD und ich keine Probleme. Was den Eurofighter angeht, muß die Industrie beweisen, daß sie den Vogel zum Fliegen bringt, und nicht ich, sondern die Bundesregierung muß entscheiden, ob sie die Anschaffung finanziert.

**SPIEGEL:** Sie haben von Ihrer Partei eine neue „Bewertung“ des Rüstungsprogramms, also auch des milliardenteuren Flugzeuges verlangt.

**Schröder:** Nein: Ich habe eine Neubewertung der zivilen Luft- und Raumfahrt verlangt. Dabei kann allerdings der militärische Teil nicht ausgenommen werden. Die SPD muß diese Bewertung vornehmen. Nach diesem Parteitag kann ich mir vorstellen, wie sie ausfällt: Beim Eurofighter wird die SPD beim Nein bleiben.

**SPIEGEL:** Was sollen die Bürger von einer Partei halten, die seit Jahren markige Beschlüsse zur Umwandlung von Rüstungs- in Zivilproduktion fällt, deren führender Repräsentant Schröder aber auf dem Parteitag erklärt, damit könne er nicht vor die Arbeitnehmer treten?

**Schröder:** Die Frage verweist auf ein alltägliches Problem in der Politik, auf den Unterschied zwischen programmatischen Vorstellungen und dem, was kurzfristig möglich ist.

**SPIEGEL:** Willy Brandt pflegte in solchen Lagen von einem kräftigen So-wohl-Als-auch zu sprechen.

**Schröder:** Ich muß kurzfristig Arbeitsplätze sichern. Das ist mein Problem und das meiner Partei. In Lemwerder werden 30 Prozent der Auftragslage

\* Mit Redakteuren Klaus Wirtgen und Olaf Petersen auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden.

# „Eine starke Achse“

Die SPD läßt sich von Scharping zur Ordnung rufen

**S**pät in der Nacht zum Freitag zeigte sich SPD-Chef Rudolf Scharping „rundum zufrieden“. Hätte ihm jemand nach seiner Wahl im Juni „ein solches Ergebnis prognostiziert“, hätte „ich mir an den Kopf gefaßt“, gab er sich überaus beglückt.

Obwohl Scharping die Delegierten mit einer fast ausschließlich auf Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit konzentrierten Grundsatzrede motiviert, aber nicht begeistert hatte, erhielt der Rheinland-Pfälzer mit 83,8 sogar rund 5 Prozentpunkte mehr Stimmen als bei seiner Kür zum Vorsitzenden in Essen.

Nach einer Woche Parteitagsgestümmel hat die SPD sich so für das Superwahljahr 1994 formiert, wie es der Vorsitzende haben wollte. Die Anträge zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die lange umstrittene Positionsbestimmung zu Blauhelm-Einsätzen der Bundeswehr und sogar – mit knapper Mehrheit – den großen Lauschangriff gegen organisierte Verbrecher ließen die Delegierten in der empfohlenen Weise passieren.

Scharping durfte auch noch die Zahl seiner Stellvertreter von vier auf fünf erhöhen, nur um einen offenen Streit zwischen den Konkurrentinnen Herta Däubler-Gmelin und Heidemarie Wiczorek-Zeul zu vermeiden.

Der Genosse, mit dem Scharping „eine starke Achse“ bilden möchte, der Saarländer Oskar Lafontaine, sorgte für eine der wenigen Überraschungen in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle.

Wochenlang war er wegen seiner umstrittenen Äußerungen zur langsameeren Lohnanpassung im Osten von Linken und Rechten, von Ostdeutschen wie Westdeutschen massiv kritisiert und mit Vergeltung bei den Wahlen bedroht worden. Eine mitreißende Parteitagsrede und eine kleine Entschuldigung gen Osten (Scharping: „Das hätte ich dem Oskar nie zugetraut“) genügten, und der Vize hatte seine spitze Nase bei den Wahlen sogar noch um fünf Promille vor dem Chef.

In der Sozialdemokratischen Partei, so scheint es, herrscht Ordnung wie schon lange nicht mehr. Der

Vorsitzende Scharping hat's gerichtet. Dem Kanzlerkandidaten Scharping steht der Hätettest noch bevor.

Der Gegner heißt Helmut Kohl und ist immerhin der dienstälteste Premier in Westeuropa. Der steife Jüngling aus dem Westerwald hat seine liebe Mühe, zu verhindern, daß seine Treffen mit dem jovialen Koloß vom Publikum nicht als Plauderstunden zwischen Vater und Sohn wahrgenommen werden.

Dabei wird es im Wahlkampf vor allem auf den Kandidaten ankommen. Denn die Auswahl an attrak-



**Sozialdemokrat Lafontaine**  
Kleine Entschuldigung

tivem Team-Personal in der SPD ist begrenzt. Zwar verfügen die Sozialdemokraten über eine große Riege von Ministerpräsidenten samt einer Ministerpräsidentin. Aber der Niedersachse Gerhard Schröder und die auf dem Parteitag in die Führung gewählte Kielerin Heide Simonis werden sich nicht in ein Schattenkabinett Scharping berufen lassen. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose hat sich mit seinem Plädoyer für Uno-Kampfeinsätze fest auf der Verliererseite eingerichtet; er kann kaum für ein Regierungsamt zur Verfügung stehen.

Scharpings schwierigste Aufgabe hat der Parteitag nicht erledigt. In den nächsten Monaten muß er ein Regierungsprogramm formulieren, das konkreter ausfällt als die in unzähligen Kungelrunden erpuselten Parteitagsbeschlüsse.

Wenn es zur Sache geht, soviel ist sicher, entsteht neuer Krach unter den Sozialdemokraten – sei es um soziale Kürzungen oder höhere Steuern.

durch die Wartung des Militärflugzeuges Transall abgedeckt. Ohne diesen Anteil wäre Lemwerder nicht zu halten. Das hindert mich nicht, langfristig Konversion anzustreben. Wenn wir im Bund Regierungsverantwortung tragen, müssen wir durch industriepolitische Maßnahmen bisherige Tatenlosigkeit überwinden.

**SPIEGEL:** Regierende brauchen sich um Parteitagsbeschlüsse nicht zu scheren?

**Schröder:** Grundsätze und programmatische Basis darf man nicht vergessen. Doch als Ministerpräsident muß ich damit leben, daß die Wirklichkeit noch nicht so ist, wie ich sie gern hätte. Diesen Widerspruch muß eine SPD-Opposition in Bonn nicht aushalten.

**SPIEGEL:** Ihre Kollegen, die Regierungschefs aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine, haben in Wiesbaden Ihre Position heftig kritisiert.

**Schröder:** Ich stelle mir vor, wir hätten auf dem Parteitag vergleichbare Entscheidungen zu Kohle und Stahl treffen müssen. Dann wären die Beschlüsse sicher anders ausgefallen. Lafontaine und Scharping haben das Glück, in dieser Rüstungsfrage nicht konkret handeln zu müssen.

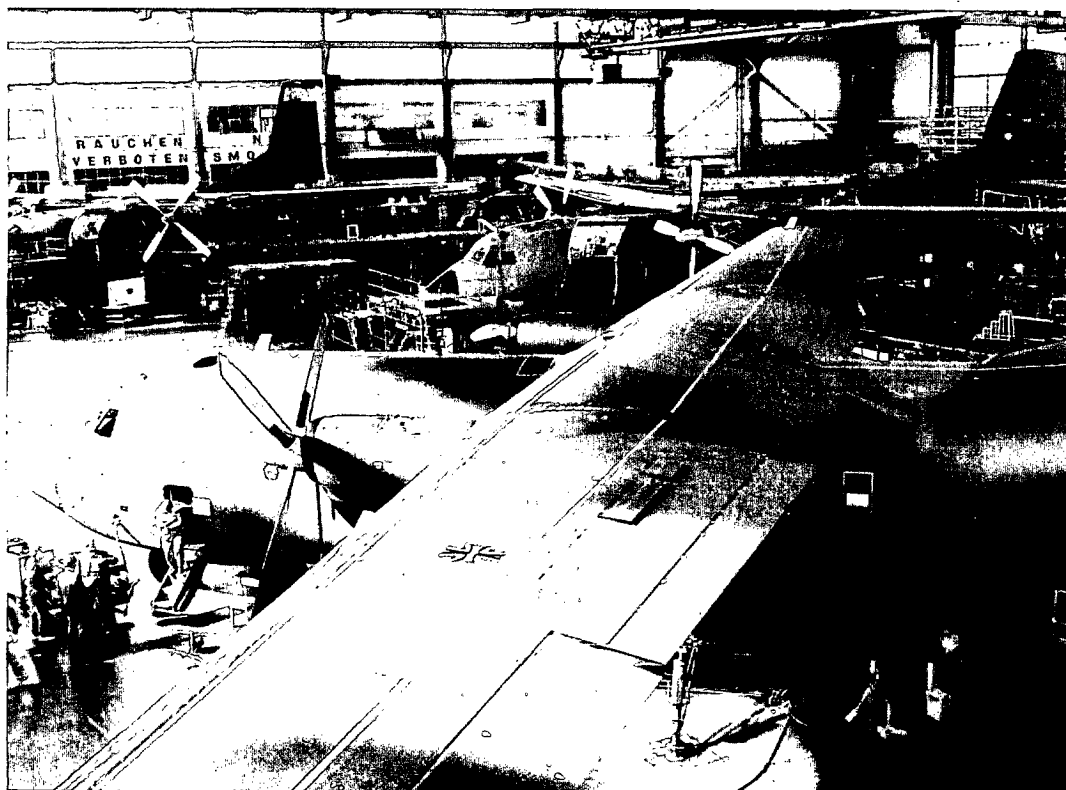
**SPIEGEL:** Wenn Sie schon auf Krisenbranchen anspielen, dann kann man die Werftindustrie der Küstenländer hinzurechnen. Da haben Sie sich im letzten Jahr, entgegen sozialdemokratischem Konsens, für den Export von U-Booten nach Taiwan stark gemacht. Der Parteitag hat abgelehnt: keine Rüstungsexporte außerhalb der Nato.

**Schröder:** Das ist richtig. Aber solche Widersprüche und Zwänge tauchen im Regierungshandeln immer wieder auf.

**SPIEGEL:** Für Sie steht also bereits fest, daß eine SPD-geführte Bundesregierung die Wiesbadener Beschlüsse nicht einhalten kann?

**Schröder:** Wir haben in Wiesbaden wichtige programmatische Fortschritte gemacht. Aber für eine SPD-Bundesregierung wird entscheidend sein, wie sie sich in der täglichen Praxis verhält, ob sie sich also auch einmischt auf der Seite derer, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und damit um die Grundlagen ihrer Existenz. Das ist weniger eine Frage der klugen Programmatik als vielmehr eine Frage ihrer praktischen Umsetzung. Wenn ich die Rüstungsindustrie überflüssig machen will, muß ich vorher für gleichwertige Jobs sorgen.

**SPIEGEL:** Ihr grüner Koalitionspartner Jürgen Trittin behauptet, weder mit dem Eurofighter noch mit der geplanten Transall-Nachfolgerin werde ein niedersächsischer Arbeitsplatz erhalten. Beide Flieger existierten noch gar nicht. Sie machten nur die Position der SPD unglaublich.



**Flugzeugwerft Lemwerder:** „Das kann ein Flächenbrand werden“

**Schröder:** Die Transall wird in Lemwerder gewartet, eine Nachfolgerin könnte dort natürlich ebenso gewartet werden wie der Jäger, wenn er denn je gebaut wird. Im übrigen kann uns nicht gleichgültig sein, was mit den Arbeitsplätzen in der bayerischen Luftfahrtindustrie passiert. Da könnten leicht innerhalb ein und desselben Konzerns niedersächsische Arbeitsplätze nach Bayern verlegt werden.

**SPIEGEL:** Ihre Vorstandskollegin Renate Schmidt, die SPD-Spitzenkandidatin im bayerischen Landtagswahlkampf, die treu zu Parteitagebeschlüssen steht, fühlt sich von Ihnen hintergangen und erpreßt, fürchtet Schaden im Wahlkampf.

**Schröder:** Ich kann nicht verstehen, wieso sie sich berührt fühlt. Ministerpräsident Edmund Stoiber und ich hatten Werkschließungen zu verhindern. Da macht es Sinn, daß man sich zusammen tut, egal, was einen politisch trennt. Wenn klar wird, daß sich die bayerische SPD genauso wie die niedersächsische Partei massiv für Arbeit einsetzt, dann kann das nicht zum Nachteil bei Wahlen führen.

**SPIEGEL:** Was müßte eine SPD-Bundesregierung tun?

**Schröder:** Sie muß verhindern, daß die Mittel für die Raumfahrt um bis zu 90 Millionen Mark gekürzt werden. Und ich will erreichen, daß der Airbus international wettbewerbsfähig bleibt, das heißt so gefördert wird, wie das nach dem Gatt-Abkommen möglich ist. Was

die militärischen Projekte angeht, müssen sie auf dem Hintergrund des ökonomischen Nutzens, im Blick auf Arbeitsplätze und Finanzen neu bewertet werden. Jedenfalls bin ich dafür, daß bei der Ausrüstung der Bundeswehr deutsche Firmen angemessen beteiligt werden.

**SPIEGEL:** Aber es gibt doch einen Widerspruch zwischen Ihrer pragmatischen Position zum Rüstungsgeschäft und Ihrer pazifistischen Haltung bei der Ablehnung von Bundeswehr-Kampfeinsätzen unter Uno-Helmen.

### „Die Partei darf dem Bürger nichts vormachen“

**Schröder:** Ich vermag nicht zu sehen, was meine Ablehnung der Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen mit dieser politischen Frage zu tun hat.

**SPIEGEL:** Deutschland ist der zweitgrößte Waffenexporteur auf der Welt.

**Schröder:** Das ist in der Tat das Problem. Nur: Ich kann auf diesen weltweit existierenden Widerspruch nicht isoliert reagieren. Ich bin sehr für Konversion, aber sie ist ohne massive öffentliche Hilfe nicht zu machen, und die hat zur Zeit objektive Grenzen. Bis die zivilen Arbeitsplätze da sind, gibt es Zwänge und Widersprüche der geschilderten Art.

**SPIEGEL:** Kurz vor dem Wiesbadener Parteitag wollten Sie ein weiteres Tabu

der SPD knacken, den Ausstieg aus der Kernenergie. In einem Konsenspapier mit Koalition und Wirtschaft wollten Sie sich auf den Bau eines inhärent sicheren Reaktors einlassen, der eine neue Atomstrom-Ära eröffnet hätte.

**Schröder:** Bei den Konsensgesprächen ging es mir um einen Weg, wie man aus der Kernenergie herauskommt. Diesen Weg wollten wir im Einvernehmen mit den Energieversorgern erreichen.

**SPIEGEL:** Die aber sehen in dem Kompromiß den Einstieg in eine neue Atomtechnologie.

**Schröder:** Es mag sein, daß einige ihn so interpretiert haben. Ich wollte den kommerziellen Wiedereinstieg an eine Zweidrittel-

mehrheit in Bundestag und Bundesrat knüpfen. Ein solches Sicherungsinstrument gibt es bisher nicht. Ich meine immer noch, daß ich damit einen praktikablen Ausstieg aufgezeigt habe. Deswegen verteidige ich den Kompromiß allemal und immer noch.

**SPIEGEL:** Ihr Parteivorsitzender Scharping und das übrige Präsidium haben Sie im Regen stehenlassen.

**Schröder:** Ich habe mich nicht allein gelassen gefühlt. Wir haben darüber geredet. Wir sind im Ziel des Ausstiegs einig. Bei den Konsensgesprächen hatte ich es allerdings mit Partnern zu tun, mit denen man nicht unbedingt SPD-Parteitagebeschlüsse durchsetzen kann. Gleichwohl habe ich es versucht.

**SPIEGEL:** Jetzt hat der Parteitag den alten Nürnberger Ausstiegsbeschluß aus dem Jahre 1986 bekräftigt. Was hat die SPD damit gewonnen?

**Schröder:** Ich habe diesem Beschluß nicht zugestimmt. Für mich ist damit die Kontroverse noch nicht ausgestanden. Ich bin sicher: Wenn wir die machtpolitischen Möglichkeiten in Bonn haben, werden wir auf meinen Weg eher zurückkommen als auf einen anderen.

**SPIEGEL:** Wie steht es mit den Arbeitsplätzen in der Atomwirtschaft, wenn nach dem Willen der SPD auf diesem Gebiet nichts mehr fortentwickelt wird?

**Schröder:** Das ist doch eine Frage der industriepolitischen Alternativen. Ich habe durchgesetzt, daß in Stade ein neues Kraftwerk auf Gasbasis gebaut wird, damit das Kernkraftwerk ohne

# GEORG JENSEN

*Georg Jensen*



## Die zeitlose Uhr.

Die Spangenuhr von Georg Jensen.  
Ungewöhnlich, originell und symbolisch. Entwurf der Silberschmiedin  
Torun Bülow-Hübe 1967.

|                                                                                         |                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 52062 Aachen<br>Juwelier Josef Zaun, Theaterstr. 69<br>Tel: 0241-32 992                 | 35398 Gladbeck<br>Goldschmiede Exner, Hochstr. 20<br>Tel: 02043-2 50 03                                                                                                                | 45468 Mülheim/Ruhr<br>Kunstgewerbe Kern, Löhberg 4<br>Tel: 0208-47 31 13                                                                                  |
| 10627 Berlin<br>Juwelier Schulz, Wilmersdorfer Str. 117<br>Tel: 030-312 1041            | 20354 Hamburg<br>Georg Jensen, Neuer Wall 13<br>Tel: 040-358 93 72<br>Juwelier Ruhdolf, Poststr. 4<br>Tel: 040-34 37 69                                                                | 80333 München<br>Georg Jensen, Brienner<br>Str. 9/Amiraplatz<br>Tel: 089-29 16 10 84<br>Schmuckgalerie Leinfelder,<br>Prannerstr. 13<br>Tel: 089-22 63 82 |
| 44787 Bochum<br>Albrecht Schröder, Huestr. 4<br>Tel: 0234-16 326                        | 30159 Hannover<br>Goldschmiede Stichnoth,<br>Georgstr. 52 - Aegidientorplatz 1<br>Tel: 0511-32 26 09                                                                                   | 48143 Münster<br>Juwelier Freisfeld, Salzstr. 36<br>Tel: 0251-43 016                                                                                      |
| 46244 Bottrop-Kirchhellen<br>Timmerhaus, Johann-Breuker-Platz 8<br>Tel: 02045-82 385    | 76133 Karlsruhe<br>Goldschmiede Kölmel,<br>Kaiserstr. 145<br>Tel: 0721-28 056                                                                                                          | 90403/90402 Nürnberg<br>Robert Ertel Waveline, Bergstr. 16 -<br>Königstr. 40<br>Tel: 0911-22 56 42                                                        |
| 28195 Bremen<br>Galerie-Juwelier Grütert, Sögestr. 70<br>Tel: 0421-30 90 50             | 47533 Kleve<br>Joseph Schmidhausen,<br>Kavariner Str. 9<br>Tel: 02821-20 915                                                                                                           | 26122 Oldenburg<br>D'or, Galerie + Goldschmiede,<br>Herbartgang 11<br>Tel: 0441-12 192                                                                    |
| 64283 Darmstadt<br>Juwelier Kade, Ludwig Passage 2<br>Tel: 06151-21 063                 | 50667/50672 Köln<br>Georg Jensen, Domkloster 2 a,<br>Dom-Hotel Tel: 0221-25 76 815<br>Juwelier Kaufhold, Quatermarkt 5 -<br>Apostelnkloster 17-19<br>Tel: 0221-25 34 64/0221-25 70 348 | 45657 Recklinghausen<br>Goldschmiede Exner, Altmarkt 7<br>Tel: 02361-18 47 74                                                                             |
| 44139 Dortmund<br>Köllner & Pape, Hohe Str. 6<br>Tel: 0231-160 880                      | 68161 Mannheim<br>Juwelier Wöhler, N 2.7<br>Tel: 0621-25 031                                                                                                                           | 70173 Stuttgart<br>Juwelier Blume, Königstr. 42 /<br>Eingang Ecke Kleine<br>Kronprinzstrasse<br>Tel: 0711-29 25 00                                        |
| 40212 Düsseldorf<br>Georg Jensen, Königsallee 60 E,<br>Kö-Galerie<br>Tel: 0211-32 42 81 | 34212 Melsungen<br>Köhler Gold + Platin Schmiede,<br>Kasseler Str. 28<br>Tel: 05661-26 17                                                                                              | 65183 Wiesbaden<br>Finnart, An den Quellen 8<br>Tel: 0611-30 56 94                                                                                        |
| 73728 Esslingen<br>First Glas, Webergasse 2/Am alten<br>Rathaus<br>Tel: 0711-350 80 77  |                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                           |
| 60313 Frankfurt<br>Juwelier Plettsch, Zeil 81<br>Tel: 069-28 16 59                      |                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                           |

Arbeitsplatzverlust stillgelegt werden kann.

**SPIEGEL:** Hätte der niedersächsische Ministerpräsident in Sachen Dasa dieselbe Position vertreten können, wenn er zuvor SPD-Chef und Kanzlerkandidat geworden wäre?

**Schröder:** Ich hätte das gemußt.

**SPIEGEL:** Freuen Sie sich über das Lob aus der Wirtschaft, wenn Sie gegen SPD-Beschlüsse handeln?

**Schröder:** Mir geht es nicht um Beifall aus der Wirtschaft, obwohl ich weiß, daß auch Sozialdemokraten gegen die Wirtschaft keine erfolgreiche Politik machen können. In diesen Zeiten wird – ich will hinzufügen: zu Recht – derjenige gewählt, der durch praktisches Handeln klarmacht, daß er sich für die existentiellen Interessen der Menschen einsetzt. Gelingt es ihm, kann er Politikverdrossenheit und Abwendung ins Private oder gar nach rechts verringern.

**SPIEGEL:** Ihre Chancen in der niedersächsischen Landtagswahl steigen also in dem Maße, wie Sie bestimmte Wiesbadener SPD-Beschlüsse von den Wählern fernhalten können?

**Schröder:** Quatsch. Auch die Menschen in Niedersachsen verstehen, daß Beschlüsse eines Parteitages langfristige Orientierung geben sollen, daß es aber in der Politik Handlungsnotwendigkeiten gibt, die manchmal im Widerspruch zu den langfristigen Zielen stehen.

**SPIEGEL:** Planen Sie in Niedersachsen einen Wahlkampf gegen den bundespolitischen Kurs Ihrer Partei?

**Schröder:** Das hätte ich tun müssen, wenn die SPD nicht wieder so kraftvoll geführt würde.

**SPIEGEL:** Nennen Sie es „kraftvoll“, wenn Scharping zu Kernenergie, Rüstungspolitik und Waffenexport andere Positionen vertritt als der niedersächsische Ministerpräsident?

**Schröder:** Wenn „kraftvoll“ nur wäre, alles in meinem Sinne zu tun, würde ich mich ein bißchen überschätzen.

**SPIEGEL:** Scharping hat verlangt, daß die SPD in Wiesbaden mit ihren Beschlüssen die Grundlagen für konkretes Regierungshandeln legt. Ist dieser Anspruch erfüllt?

**Schröder:** Die wesentlichen Entscheidungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik dienen sehr wohl als Grundlage für konkretes Regierungshandeln.

**SPIEGEL:** Läuft die SPD nicht Gefahr, sich dem Bürger als eine Partei zu empfehlen, die anders redet als handelt?

**Schröder:** Nein. Der Bürger soll eine Partei wählen, die eine Vision von einer gerechteren und fortschrittlicheren Gesellschaft entwickelt. Aber die Partei darf dem Bürger nicht vormachen, sie habe diese Vision schon realisiert.

**SPIEGEL:** Herr Schröder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.